

Königliches Polizei-Präsidium  
Magdeburg, den 16. Juli 1891  
Name des überwachenden Beamten: Polizei-Commissar Bergen  
Dienststelle: 5. Polizei-Revier

## **Bericht über die am 13. Juli 1891 abgehaltene Volksversammlung**

LHASA, Rep C29 Tit. III, Nr. 6, Bd.2a, Bl. 28-40

Datum der Anmeldebescheinigung: 10.7.91

Versammlungslokal: Flora, Lüneburgerstraße Nr. 15

Einberufer: Zimmermann Adolf Schultze

Anfang um 8 ½ Uhr

Schluss um 11 ½ Uhr

Es sind anwesend gewesen (schätzungsweise):

Männer: 2900

Frauen: 100

Die Versammlung hat geleitet als

1. Vorsitzender: Drechsler Lankau

2. Vorsitzender: Weber

Als Schriftführer ist tätig gewesen: Berger

([Weber und Berger]: bekannte sozialdemokratische Agitatoren

Als Hauptredner sind aufgetreten (Name, Beruf und Wohnung):

Redakteur Dr. Lux, Zollstr. 11

Privatmann Bremer, Blauebeilstr. 10

Agitator Bringmann [Adresse unleserlich]

Cigarrenm. W. Klees, Martinstr. 10

Schuhm. W. Meyer, Faßlochsberg 15

Ellguth, Dorotheenstr. 25

A. Auerbach, Moldenstr. 22

Über die Verhandlungen ist folgendes zu berichten:

Die in der Versammlung gepflogenen Verhandlungen sind in den Nummern 161 u. 162 der Volksstimme vom 15. u. 16. d. Mts. gebracht worden und stimmen die anliegend aufgeklebten Berichte mit den mir gemachten Notizen überein, weshalb ich mir gestatte, darauf gehorsamst Bezug zu nehmen.

Zur Charakterisierung der Versammlung und deren Verlauf gestatte ich mir noch folgendes zu berichten:

Das Lokal war schon gegen 8 Uhr, also lange vor Beginn der Versammlung, im Parterre, den Galerien und Logen bis auf den letzten Platz besetzt und waren schon vor Eintritt in die Verhandlungen, in einzelnen Gruppen scharfe Auseinandersetzungen bemerkbar. Von anderen Personen, als die dem Arbeiterstande angehörig, waren nur einzelne in den oberen Logen bemerkbar, im Übrigen verriet der stürmische Applaus für einige Redner und das gesamte Verhalten der Versammelten, dass nur vom sozialdemokratischen Geiste durchdrungene Personen anwesend waren. Von vorneherein machte es den Eindruck, dass in der Menge Gegnerschaften vorhanden waren, wie sich auch im Laufe der Verhandlungen die Anhänger v. Vollmars u. Bebels, darunter Bremer, Klees u. Gen. einerseits und die Anhänger Liebknichts, darunter Auerbach, Lux u. Gen. andererseits, stürmisch und mit erbitterten scharfen Reden und persönlichen Bemerkungen bekämpften. Es handelte sich in der Hauptsache um die Annahme oder den Fall der von Dr. Lux gegen die bekannte v. Vollmarsche Rede und die Bemerkungen Bebels in der Schuhmacherversammlung in Berlin gefassten Resolution. In den für und gegen die Letzteren gehaltenen Reden, die von der Opposition zum Teil mit Pfuirufen und großer Unruhe begleitet wurden, kam es krass zum Ausdruck, dass die Opposition, die Liebknichtschen Anhänger – Auerbach und Schultze – mittelst der Revolution, gewaltsam mit den Massen herbeigeführt, und die Bebelschen Anhänger mit der geistigen Waffe, den sozialdemokratischen Zukunftsstaat herbeiführen wollen. Die Art der Kundgebungen für die Revolution während der Versammlung von der großen Menge waren äußerst krass und auffallend und trat hier grell die Frucht der sozialdemokratischen Lehren durch allgemeine Bemerkungen und Zurufe, zu Tage. Der Agitator Bremer, welcher es noch nicht an der Zeit hielt, um loszuschlagen, wurde wiederholt nieder geschrien und seine Mahnung zur Besonnenheit verlacht. Als schließlich die Abstimmung über die gefasste Resolution zu Gunsten der Opposition ausfiel und die Letztere das Resultat mit Hurrarufen begleitet hatte, machte der Stadtverordnete Klees denselben den Vorwurf, es sei unpassend, das sie, die Opposition über ihren Sieg so lärmten und damit ihre gegnerischen Genossen niederschreien wollten. Als Antwort entstand ein allgemeiner Tumult, es bildeten sich im Saale einzelne Gruppen, in denen scharfe Auseinandersetzungen, begleitet mit heftigen Bewegungen, geführt wurden. Einzelne beschimpften sich und schien es zu Tätlichkeiten kommen zu wollen. Aus dieser Veranlassung bzw. im allgemeinen Sicherheitsinteresse trat ich vor, um die Versammlung aufzulösen, als mir der

Vorsitzende damit zuvor kam, den Schluss der Versammlung auszusprechen. Unter großem Lärm und Disput verließ die Menge sehr langsam das Lokal, um sich wieder auf der Straße vor dem Eingang aufzuhalten. Auf meine Aufforderung, verlor sich die Menge teils nach der Alt- und Neustadt zu, ohne dass weiterer bemerkenswerter Lärm entstand.

Schließlich sei noch bemerkt, dass auf den ersten Vortrag Schultzes [unleserlich] über Bestrafungen großer Lärm, erreicht mit Zurufen, entstand. Noch weit bedenklicher aber entstand große Aufregung unter der Versammlung, als Bringmann die auf Seite 4 von Nr. 161 der Volksstimme wieder gegebene Mitteilung über eine Maßnahme des [unleserlich] Kommissars Schmidt, vortrug. Die Pfuirufe machten dem Ausdruck „Lump“ Platz, als Bringmann den Namen des Traubner nannte.

Bergen, Polizeikommissar“

[31]

### **Rapport der politischen Polizei Magdeburg vom 14. Juli 1891**

In der gestrigen öffentlichen Versammlung der Sozialdemokraten kam es zu heftigen Szenen infolge der Ausführungen des Bringmann, die Maßnahmen der Polizei betreffend, bei Berücksichtigung der sozialdemokratischen Vergnügungen vom 3. Mai d.J.

Bringmann ist gestern vom hiesigen ? mit 15M bestraft worden, weil die als erlaubnispflichtig festgestellten Veranstaltungen nicht angemeldet waren.

In der Versammlung gab nun Bringmann den ? der ?erhandlung namentlich auch die Zeugenaussagen zum Besten, wobei es zu heftigen Ausfällen gegen mich kam, wie der eine Zeuge bekundete, da (...) usw. [unleserlich]

[32, Anzeige aus Volksstimme Nr. 158]:

### **Große Volks-Versammlung**

Montag, den 13. Juli, abends 8 Uhr in der „Flora“, Lüneburger Str. 15

#### **Tagesordnung:**

1. Berichterstattung Vertrauensmann;
2. ~~Deutschland seit dem Sturze Bismarcks~~, Referent: Albert Auerbach)
3. Beschlussfassung über die in der Donnerstagsnummer der „Volksstimme“ abgedruckte Resolution (Begründet von Dr. H. Lux))

Hierzu ladet ein: der Vertrauensmann

[Zeitungsartikel]:

Magdeburg, den 14. Juli 1891.

### **Resultat der Versammlung in der „Flora“.**

Die von nahezu 3000 Personen besuchte Versammlung nahm nach eingehender Diskussion mit entschiedener Mehrheit die Resolution an, welche in unserem heutigen Versammlungsreferat zu Anfang der Ausführungen des Genossen Dr. Lux ausführlich wiedergegeben ist. Alles weitere siehe im Bericht, dessen Schluss wir in morgiger Nummer bringen.

*Volksversammlung in der „Flora“ zu Magdeburg.* Gestern fand in den weiten Räumen der „Flora“ die Volksversammlung statt, welche sich mit der Berichterstattung des Vertrauensmannes und Stellungnahme zu der im Arbeiterverein eingebrachten Resolution beschäftigte.

Der Vertrauensmann Schultze eröffnete die Versammlung gegen ½ 9 Uhr, worauf Lankau, Weber und Berger zur Leitung der Verhandlungen gewählt wurden. Der Vorsitzende Lankau stellte den Versammelten zunächst anheim, den zweiten Punkt der Tagesordnung (Referat des Genossen Auerbach) mit Rücksicht auf die bis zum dritten Punkt der Tagesordnung in Aussicht stehende Diskussion fallen zu lassen, wozu die Versammlung ihr Einverständnis gibt.

Hierauf erhält zur Berichterstattung über seine Tätigkeit als Vertrauensmann Schultze das Wort: Genossen! Wenn ich gelegentlich der letzten Berichterstattung den Genossen den Vorwurf nicht ersparen konnte, im Allgemeinen recht lässig im Versammlungsbesuch und in der Agitation gewesen zu sein, so bin ich heute in der angenehmen Lage, das gerade Gegenteil berichten zu können. Es wurden an Versammlungen abgehalten 13 und 2 Vorträge, außerdem noch 2 Versammlungen in Buckau und Sudenburg. Alle Versammlungen hatten sich durchweg eines regen Besuchs zu erfreuen. An materiellen Beiträgen wurde seitens der Magdeburger Genossen noch einmal so viel geleistet, wie das im verflossenen Quartal der Fall war. (...) Sie sehen, werte Genossen, dass unser Magdeburg trotz der herrschenden Geschäftsmisere bis auf den letzten Genossen seine Schuldigkeit getan

hat und sich mit jeder Stadt des deutschen Reiches in den Leistungen messen kann. Noch drastischer aber tritt diese Leistung der Magdeburger dem Auge des Beschauers entgegen, wenn man die schweren Wunden aufzählt, die uns seit dem Erlöschen des Sozialistengesetzes unter dem sogenannten gemeinen Recht geschlagen sind. Hier haben Sie den Bericht über die Ereignisse seit dem 1. Oktober 1890, die sämtlich gegen uns gerichtet waren und mit ihrer ganzen Schwere auch auf unsere Schultern fielen.“

[weiter sinngemäß gekürzt]: 56 Haussuchungen, 35 Beschlagnahmungen, 124 Vernehmungen, 84 Strafmandate mit knapp 4200,-, 22 Monate Gefängnisstrafen usw. „Alle diese Erfolge, die wir hier am Ort aufzuweisen haben und all der Opfermut, der Ihnen aus den zuletzt angeführten Tatsachen entgegentritt, sind allerdings auf besondere Ursachen zurückzuführen, Ursachen, die unsere Gegner belehren sollten, dass man mit all den gegen uns getroffenen Maßnahmen nur den Trotz des Magdeburgers wachrief, der umso unnachgiebiger sich zeigt, je härter man ihm zusetzt. Die schweren Bedrückungen, die wir zu erdulden hatten, arbeiteten uns in intensivster Weise in die Hände, so dass sich auch in Bezug auf unsere Gegner das Goethesche Wort anwenden lasse: „Sie sind ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.“

Bei all diesen schweren Opfern war es uns doch noch möglich, in durchgreifendster Weise der Agitation auf dem Lande zu ihrem Recht zu verhelfen. Ihr Organ, die „Volksstimme“ war imstande, ganze Ballen der Agitations-Zeitung „Landpost“ gratis unter die arbeitenden Brüder auf das Land zu werfen und damit der Verbreitung unserer Ideen den wirksamsten Vorschub zu leisten. Die gleiche Anerkennung gebührt den Genossen, welche sich seit Wochen und auch jetzt noch immer allsonntäglich unter die arbeitenden Proletarier auf das Land begeben, um mit Überbringung von Agitationsmaterial und persönlichem Meinungsaustausch dazu beizutragen, dass in der Provinz Sachsen die Herren Gegner bald auf dem letzten Loche pfeifen.

Sitzen uns auch die Behörden scharf im Nacken, das schreckt niemand zurück, mit dem Boden der Gesetzlichkeit unter den Füßen ist unsere Parole vorwärts, immer vorwärts.

Den aufgezählten Erfolgen gegenüber solle man aber stets des Mahnrufs eingedenk sein, das: Seid einig, einig, einig! und wenn ja Meinungen in der Taktik auseinandergehen, so solle man, gegenseitig das Beste von den anders denkenden Genossen haltend, der gegnerischen Meinung die weitgehendste Toleranz entgegenbringen.

Auf dieser Grundlage sei auch nur ein ersprießliches Gedeihen des Arbeitervereins möglich, der die natürliche Bestimmung habe, aus seiner Mitte heraus die gemeinsame Kraft gegen die Gegner aller Schattierungen in erfolgreichster Weise fühlbar zu machen. Haben Sie, meine Genossen, irgend etwas in der bisher befolgten Tätigkeit des Vertrauensmanns auszusetzen, oder neue Anregungen zu geben, dann bitte ich Sie, mir mit Ihren eigenen Meinungen Direktive gebend, zur Seite zu stehen.

Zur Debatte gestellt illustriert Bringmann die Reihe der uns entgegenstehenden Hindernisse noch recht grell mit einer gestern stattgehabten Gerichtsverhandlung, worauf auf Vorschlag Schultze zur Revision der vom Vertrauensmann vorgelegten Abrechnung drei Genossen gewählt werden, welche sich in den Personen der Genossen Baetge, Hippe und Schoch sofort an die Arbeit machen, um noch heute den Versammelten Bericht über ihre Tätigkeit erstatten zu können.

Dem Einverständnis der Versammlung gemäß übergibt dann der Vorsitzende den zweiten Punkt der Tagesordnung und erteilt zur Begründung des dritten Punktes: „Beschlussfassung über die im Arbeiterverein eingebrachte Resolution“ dem Genossen Dr. Lux das Wort.

Dr. Lux: Die Tatsachen haben die erste Resolution zum Teil veralten lassen, insofern als Genosse Bebel in seiner zweiten Feenpalast-Versammlung die Worte bezüglich des Ausschließens der Opposition aus der Partei selbst modifiziert und ihnen selbst die Schärfe genommen habe; demzufolge sei der Versammlung in der Überzeugung des stillschweigenden Einverständnisses mit den Unterzeichnern der ersten Resolution folgende modifizierte Resolution vorgelegt: „Die Parteigenossen Magdeburgs, fußend auf dem Prinzip der Demokratie, erklären sich für vollständig freie Meinungsäußerung innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Aus diesem Grunde verurteilt die Versammlung das fast einmütige Vorgehen der sozialistischen Presse Parteigenossen gegenüber die zuerst, durchdrungen von der Gemeinsamkeit der proletarischen Interessen in allen Ländern die öffentliche Aufmerksamkeit und Kritik auf die persönlichen Ansichten des Genossen Vollmar lenken und dadurch vielfach mit den beleidigenden Ausdrücken „Clique“ und „Kraakeeler“ belegt wurden.

Ferner würde die Versammlung es bedauern, wenn die „oppositionellen Elemente“ eine neue Partei gründen würden, da sie vielmehr der Ansicht ist, dass in der sozialdemokratischen Partei alle Schattierungen des um seine Befreiung ringenden Proletariats, soweit sie sich zu sozialdemokratischen Grundsätzen bekennen, vertreten sein können.“

„Diese Resolution“, so fuhr Genosse Dr. Lux fort, zielt in erster Linie darauf hin, den Parteigenossen das Recht der freien Meinungsäußerung unter allen Umständen zu wahren. Es erscheint dies allerdings gemäß des sozialdemokratischen Prinzips an sich selbstverständlich, betrachtet man aber die Auslassungen des „Hamburger Echo“, und mit ihm die große Zahl von Parteiblättern, welche dessen Ansichten bezüglich der Opposition geteilt haben, so muss jeder Unbefangene erkennen, dass ein solches Vorgehen das Recht der freien Meinungsäußerung zu untergraben geeignet ist. Dem gegenüber muss jeder Parteigenosse eifersüchtig darauf bedacht sein, sich das erste Recht der Demokratie zu wahren. Nur von diesem Rechte habe die Opposition Gebrauch gemacht, als sie gegen die Worte Vollmars Protest einlegte, und demgemäß muss auch jeder einsichtige Parteigenosse das Vorgehen des „Hamburger Echo“ entschieden verurteilen. *Damit soll die Art und Weise, wie die Opposition operierte, damit sollen ihre Übergriffe, ihre anmaßende Resolution auch nicht im geringsten entschuldigt werden, man*

darf aber auch nicht vergessen, dass nur das ehrliche Streben, die Prinzipien der Sozialdemokratie von aller opportunistischen Taktik rein zu erhalten, sie bei ihrem Vorstoß gegen Vollmar geleitet habe.

Die „Opposition“ habe aller Orten, und die Genossen Magdeburgs wissen dies am besten selbst aus dem Streit innerhalb ihrer Mauern, sich noch immer den Beschlüssen der Majorität gefügt, ihnen konform für das Beste der Partei gearbeitet, sie hat sich am parlamentarischen Kampfe beteiligt, sie hat sich den Beschlüssen bezüglich der Maifeier gefügt, wolle man ihr nun verbieten, ihre abweichende Stellung zu diesen Fragen zu präsentieren? Man hüte sich doch die Person Werners, sein brüskes Auftreten und die Formlosigkeit seiner Opposition mit der Gesamtopposition zu identifizieren; und darum wäre es im höchsten Grade zu bedauern, wenn die Opposition dazu veranlasst wurde, innerhalb des Rahmens des sozialdemokratischen Programms stehend, eine neue Partei zu gründen, wo die Meinungen doch nur in taktischen Fragen auseinandergingen. Das sozialdemokratische Programm lasse den divergierenden Ansichten innerhalb der Sozialdemokratie weiten Spielraum. Wenn sich Lassalleaner und Eisenacher, die in so schroffem Gegensatze zu einander standen, trotzdem zu einer einigen und starken Partei vereinigen konnten, dann sei auch völlig Raum für die Opposition innerhalb der Partei.

Selbst verschiedene Auffassungen über den Wert des Arbeiterschutzes, über theoretische Fragen, wie z.B. über das Wertgesetz begründeten noch nicht die Neubildung unserer Partei – alle diese Parteischattierungen haben völlig Raum innerhalb der Sozialdemokratie, und da sollte man nicht sein Bedauern darüber aussprechen, wenn Differenzen über die Parteitaktik in relativ untergeordneten Fragen eine Spaltung in der Partei hervorbrächten? Unsere Partei ist ja eben dadurch so stark und mächtig, dass wir bei allen theoretischen und taktischen Kontroverspunkten geschlossen Front machen gegen den gemeinsamen Feind, gegen den Kapitalismus, gegen die Privatwirtschaft auf Grund der sozialdemokratischen Überzeugung, dass wir gegenüber allen übrigen Parteien streng auf die Wahrung des sozialdemokratischen Gedankens bedacht sind. „Bestätigen Sie, werthe Genossen“, so schloss Dr. Lux, „aufs neue den Gedanken der Toleranz, das Prinzip der Demokratie, dadurch, dass Sie die Ihnen vorgelegte Resolution akzeptieren, dass Sie es damit aussprechen, Sie alle wollen trotz kleiner Differenzpunkte die Stärke, die ungeschwächte Kraft der einigen Sozialdemokratie.“

Vorsitzender Lankau: Genossen! Sie haben bei den durchaus sachlichen Ausführungen des Genossen Dr. Lux sich der denkbar größten Ruhe befleißigt und bitte ich Sie, dieses Verhalten bei den nun folgenden Meinungsäußerungen auch dann bewahren zu wollen, wenn die vorgebrachten Ansichten sich mit den Ihrigen nicht decken. Die beste Garantie dafür, dass jeder Einzelne die freie Meinungsäußerung gewahrt wissen will, lässt sich daraus erkennen, wie man die Äußerungen des taktischen Gegners aufnimmt. Nochmals bitte ich Sie, diese Grundbedingung sachlicher Verständigung nicht aus den Augen zu lassen und erteile nunmehr zunächst dem Berichterstatte der Revisoren, Genosse Schoch, das Wort.

Schoch legt unter dem Beifall der Versammlung klar, dass eine so umfangreiche Abrechnung, wie die von den Revisoren zu prüfende sich nicht gewissenhaft in so kurzer Zeit bewerkstelligen lasse und stellt den Antrag, den Revisoren die Berichterstattung über die Resultate der Revision bis zur nächsten Volksversammlung zu überlassen, wozu die Versammelten ihr Einverständnis einmütig kundgeben.

Der Vorsitzende erteilt nunmehr dem Genossen Bremer das Wort zu der von Dr. Lux begründeten Resolution (Schluss folgt)

Volksversammlung in der „Flora“ zu Magdeburg (Schluss):

Bremer: Genossen! Wenn es sich hier um die Frage handeln würde, ob das Recht der freien Meinungsäußerung gewahrt bleiben müsse oder darum, sich gegen die persönliche Ansicht des Genossen Vollmar auszusprechen, so brauchte man überhaupt gar nicht mehr zu diskutieren, denn dies versteht sich von selbst. Gewisslich darf es keinem Genossen verwehrt werden, über Vollmars Auslassungen sich zu äußern. Von diesem Standpunkte aus war die Berliner Schuhmacherversammlung im Recht, über Vollmar zu Gericht zu sitzen und zu erklären, dass Vollmar das Prinzip der Internationalität verletzt habe. Wenn aber Genosse Lux sagt, dass der letzte Passus der in der Schuhmacher-Versammlung gefassten Resolution nur ein formaler Verstoß sei, so ist das seine persönliche Ansicht, die ich nicht akzeptieren kann. Nach meiner Auffassung hat sich die Schuhmacherversammlung hier einen wirklichen Übergriff zu Schulden kommen lassen, der nicht vorkommen darf, denn um einen solchen Beschluss zu fassen, ist der Parteitag die letzte Instanz. Bebel sprach Vollmar gegenüber offen seine abweichende Meinung aus, und er tat hierin nichts anderes als auch die Schuhmacherversammlung; der letzte Teil ihrer Resolution forderte ihn zu den Worten heraus, die sich auf die Ausschließung der oppositionellen Elemente aus der Partei bezogen. Damit wollte er nicht das Recht der freien Meinungsäußerung beschneiden, er wollte sich nur gegen diejenigen wenden, welche die Parteidisziplin durchbrächen. Das hat die Schuhmacherversammlung getan, indem sie sich anmaßte, zu erklären, Vollmar sei nicht mehr berechtigt, die Interessen des Proletariates zu vertreten. Sprechen wir nun hier unsere Zustimmung zu dem zweiten Teil der Resolution aus, so sei dies eine halbe Verurteilung Bebels und zugleich eine Ermütigung der Opposition. Von dem Standpunkt der freien Meinungsäußerung habe Bebel eben so wie jeder andere Genosse ein Recht, seine Ansichten auszusprechen. Bebel wendet sich auch gar nicht gegen die Opposition, denn Opposition müsse es geben, ohne sie ist eine Entwicklung innerhalb einer Partei undenkbar, aber wenn einmal Beschlüsse gefasst sind, so hat sich in freier Unterordnung die Minorität zu fügen.

Ich stehe den leitenden Personen, den Zeitungsbeamten freundschaftlich gegenüber, und ich nehme mir, ohne dass darin ein Übergriff meinerseits erblickt werden kann, das Recht heraus, hier und dort Kritik zu üben. Würde

ich mir aber erlauben, dem Vertrauensmann oder anderen führenden Persönlichkeiten immerwährend und bei jeder Gelegenheit zu nörgeln, ihnen ein Bein zu stellen, so wäre dies nicht mehr eine vernünftige Opposition, dann wäre mein Bestreben, nur eine Spaltung innerhalb der Partei herbeizuführen und diesen Vorwurf muss ich Werner und seinen Anhängern machen.

Wenn nun Dr. Lux sagt, dass die Opposition innerhalb des Rahmens der Partei agitiert habe und tätig gewesen sei, so tut sie dies doch nur, weil sie sonst innerhalb der Partei überhaupt unmöglich wäre.

Wenn nun Bebel sagt, auf dem Parteitage würden wir den Werner, Wildberger und Genossen Gelegenheit geben, eine neue Partei zu gründen, so ist ihm das nicht zu verargen. Dieselben werden sich hüten, auszutreten, wenn sie aber nicht Disziplin zu halten vermögen, so bleibt eben nichts anderes übrig, als im Sinne Bebels zu verfahren.

Im übrigen aber muss ich dem Hamburger Echo Unrecht geben, weil es der Opposition nicht gestattete, seiner Meinung Ausdruck zu geben.

Vorsitzender Lankau teilt der Versammlung folgende beiden Resolutionen mit:

I. Die heute Abend, am 13. Juli, in der „Flora“ tagende Versammlung der Magdeburger Sozialdemokraten ist mit den Ausführungen des Abgeordneten Vollmar in der Münchener Versammlung vom 1. Juni nicht einverstanden, glaubt aber, dass diese Angelegenheit auf dem Parteitag zu Erfurt am besten geregelt wird und nicht in dieser Versammlung. F. Ellguth

II. Da die Ausführungen des Genossen Vollmar in der Münchener Versammlung nicht die Prinzipien der Gesamtpartei repräsentieren, sondern nur seine persönlichen Ansichten waren, auch nicht geeignet erscheinen, einen einzigen Parteigenossen vom richtigen Wege abzubringen, beschließt die heutige Versammlung in der Angelegenheit Vollmar zur Tagesordnung überzugehen, indem sie die Regelung derselben dem Parteitag überlässt. C. Klees

Klees sen.: Ein großer Teil desjenigen, was ich auszuführen die Absicht hatte, ist bereits durch den Genossen Bremer erledigt. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, dass wenn man selbst für die freie Meinungsäußerung eintritt, von dem Genossen Dr. Lux nicht der Fehler hätte begangen werden dürfen, gegenüber Andersdenkenden den Ausdruck „pflaumenweiche Gemüter“ zu gebrauchen, wie Dr. Lux das gelegentlich des Gratulationsartikel der „Volksstimme“ getan hat. Das war eine verblühte Fehdeerklärung gegen diejenigen, die anlässlich des Konfliktes im Vorjahre die Ansicht des Genossen Bebel vertraten.

Ich stehe auf dem Standpunkt, dass die Partei ob der kleinlichen Zwiste anlässlich der Vollmarschen Rede und der Bebelschen Äußerung nicht zu Grunde gehen wird, selbst dann nicht, wenn man mit der Auseinandersetzung über diesen Punkt so lange wartet, bis der Parteitag sein Wort gesprochen hat. Ich habe Veranlassung genommen, die Auseinandersetzungen der Opposition mit der gemäßigten Richtung mit eigenen Augen zu studieren und habe den Eindruck gewonnen, dass es sehr viel darauf ankommt, wie man Opposition macht.

Wenn man gegen einen verdienten Parteigenossen, wie es Bebel doch unzweifelhaft ist, in einer solchen Weise vorgeht, wie man es in der Feenpalastversammlung getan hat, dann hat ein solches Vorgehen stets den Schaden der Partei im Gefolge. Dr. Lux hat Recht, wenn er sagt, dass die Wege zu dem gemeinsamen Ziele weit auseinandergehen. Wir stehen aber auf dem Standpunkte, dass vermöge der Benutzung des Parlamentarismus Gelegenheit gegeben ist, die Willensmeinung der Sozialdemokratie durch unsere Vertreter weit in die Massen zu schleudern, der Agitation die besten Garantien gegeben sind.

Ein Recht, über die jeweiligen Meinungsäußerungen der einzelnen Parteigenossen zu diskutieren, steht zweifellos jedem einzelnen unserer Parteiangehörigen zu, nur das eine darf man nicht vergessen, dass nämlich auf dem letzten Parteitage alle Fragen der Taktik erwogen sind und dass es demzufolge Pflicht eines jeden Genossen ist, sich den allgemein geltenden Begriffen über die Disziplin unterzuordnen.

Meyer erklärt, dass es seines Erachtens nach das Beste sei, über die von dem Genossen Dr. Lux empfohlene Resolution zur Tagesordnung überzugehen.

Ritzau definiert in ziemlich unverständlichen Ausführungen über das Recht, welches gewerkschaftlichen und Parteiversammlungen bei der Beurteilung von Parteifragen zusteht und kommt zu dem Schluss, dass Bebel sich in durchaus korrekter Weise bei dem in Frage stehenden Streite benommen habe.

Ellguth: Es ist eine bekannte Geschichte, dass, wenn die Berliner Fehler machen, diese Fehler zunächst in Magdeburg einen fruchtbaren Boden finden.

Bedauerlich ist, dass Fragen, wie die vorliegenden, von gewerkschaftlichen Versammlungen aufgegriffen und nicht, wie sich das gehört, in Parteiversammlungen erledigt werden. Redner verliest dann eine Reihe von Notizen aus dem „Vorwärts“ und zieht daraus den Schluss, dass es für die Redaktion der „Volksstimme“ weit angebrachter wäre, indem sie die „Nase in den Vorwärts stecke“, erst diesen hören und dann Berichte über die jüngsten Versammlungsereignisse gegnerischer Zeitungen entnehme. Redner ergeht sich dann noch in eine Kritik der Angehörigen der Opposition, die zu deren Ungunsten ausfällt und schließt sich im Übrigen den Ausführungen des Genossen Klees an.

Auerbach: Genossen! Sie werden mir gestatten, dass ich auch ein Wort für die Resolution spreche und indem ich das tue, zunächst mein Bedauern darüber Ausdruck verleihe, dass Ihnen der Vorsitzende, Genosse Lankau, eine Spaltung der Resolution vorgeschlagen hat. Gegen eine solche ev. vorzunehmende getrennte Abstimmung der Resolution muss ich mich entschieden verwahren und muss dies umso mehr, als mit einer ev. Spaltung der Resolution diese als solche gegenstandslos würde. Was steht denn eigentlich in der Resolution? Im ersten Teil

verurteilen wir, dass die Männer, welche zunächst zu den Vollmarschen Äußerungen Stellung nehmen, „Kraakeeler und Clique“ benannt werden und im zweiten Teil sprechen wir unser Bedauern darüber aus, wenn anlässlich des Bebelschen Winkes mit dem Zaunpfahl die oppositionellen Elemente eine neue Partei gründen würden, woraus wir schlussfolgern, dass innerhalb der sozialdemokratischen Partei alle Schattierungen des um seine Befreiung ringenden Proletariats, soweit sie sich zu den sozialdemokratischen Grundsätzen bekennen, vertreten sein können.

Wenn man nun in diese Resolution alles Mögliche hineinlegen will, ja dann ist eben für Leute, die geflissentlich etwas Übles in der Resolution finden wollen, dieselbe Garantie vorhanden, wie für jenen napoleonischen Polizeiminister, der nur drei Worte Geschriebenes von einem Menschen gebrauchte, um ihn an den Galgen zu bringen. Genossen! Mit der größten Ruhe diskutieren und beschließen wir über die Grundlage unseres ganzen Parteilebens, über das Programm, und nun sollten wir uns scheuen, über die untergeordnete Frage der Taktik zu beraten? Und dann, werte Genossen, erscheint es doch recht einseitig, wenn immer nur von einer Berliner Opposition gesprochen wird. In ganz Deutschland ist man sich darüber einig, dass, wenn die Fraktion in dem Maße für die Feier des ersten Mai eingetreten wäre, wie sie dagegen eingetreten ist, das Resultat für die Arbeiter ein durchaus günstiges gewesen wäre. Wenn man nun sagt, dass eine solche gemeinsame Feier des 1. Mai in Deutschland mit Rücksicht auf unsere spezialwirtschaftlichen Verhältnisse nicht möglich sei, dann frage ich Sie: Ist denn Österreich, das geknebelte Österreich, mit seiner relativ noch viel weniger aufgeklärten Arbeiterschaft gegenüber Deutschland etwa ein fruchtbarer Boden für die strikte Innehaltung der in Paris gefassten Beschlüsse?

Im Gegenteil! Trotz der schwersten Hindernisse feierte man in Österreich seinen ersten Mai und wenn, wie ich schon sagte, die Fraktion in dem Maße für die Feier eintrat, wie sie dagegen operierte, dann hätten wir einen würdigeren Arbeitermaitag begehen können wie die Österreicher, dann rauchten in Wirklichkeit am 1. Mai 1890 die Schloten der deutschen Fabrikherren nicht. Diese Unterlassungssünde der Fraktion deckte die Opposition auf und das war die erste furchtbare Tat.

Wenn die Opposition dann weiter verlangt, dass das Mitarbeiten im Parlament nicht bis in die kleinsten unbedeutendsten Details getrieben werden soll, wenn sie verlangt, dass an dessen Stelle die Agitation mitten in das Volk verlegt werden und diesem der unüberbrückbare Gegensatz zwischen ihm und den herrschenden Gewalten immer und immer wieder ins Gedächtnis gerufen werden soll, wenn im Interesse des Volkes verwandt wissen will, dann, werte Genossen, unternimmt diese Opposition doch weiter nichts als eine Kritik der augenblicklich beliebten Taktik.

Wenn nun Genosse Klees sagt, dass die Taktik auf dem Parteitage unverrückbar festgestellt sei, so ist das grade Gegenteil der Fall. Es war kein Geringerer als Liebknecht, welcher sich ganz entschieden gegen eine solche Auffassung der Frage der Taktik verwahrte.

Von anderer Seite ist dann der Redaktion der „Volksstimme“ der Vorwurf gemacht, dass sie an Stelle des „Vorwärts“ gegnerische Blätter zur Berichterstattung über Ereignisse innerhalb der Partei benutze. Das sei aber erklärlich, da der „Vorwärts“ sein Marschtempo nach jener bekannten Melodie einrichte: „Immer langsam voran, immer langsam voran, damit auch der Vorwärts mitkommen kann.“ Hätte die Redaktion den von Ellguth zitierten Bericht dem „Vorwärts“ entnehmen wollen, dann hätten die Leser der „Volksstimme“ jedenfalls erst tagelang warten müssen, ehe sie über die Berliner Ereignisse unterrichtet wurden. Hatte nun die Opposition seit dem Parteitage in den vordersten Reihen der Genossen mitgekämpft, so stand ihr doch wohl ein Recht zu gegenüber den anfechtbaren Wendungen Vollmars Stellung zu nehmen und mit der Äußerung ihrer eigenen Meinung zu zeigen, dass sie mehr als bloße Waschlappen sind. Redner rät dann den Versammelten, getreu dem Ausspruch des Altvaters der Sozialdemokratie, Engels, der Opposition ihr Recht zuzuerkennen und in diesem Spezialfalle dankbar die Sprache der Opposition anerkennend die Resolution anzunehmen.

Schultze: Genossen! Sie wissen alle, wie wir im Vorjahre hier in Magdeburg gegen einander gestanden haben. Das hat aber keinen einzigen verhindern können, stets mit größter Entschiedenheit seine Schuldigkeit zu tun und die oppositionellen Elemente waren wahrlich nicht die letzten, die sich in den Dienst der Partei stellten. Das hat auch unser Organ, die „Volksstimme“, getan, und da ist es doch mehr als stark, wenn die Redakteure den „Vorwärts“ als eine Art papiernen Pabst betrachten und nur dessen Auslassungen aufnehmen sollen. Ich bitte Sie, Genossen, sich der Resolution anzuschließen, und wenn Sie noch irgendwie im Zweifel über ihre Handlungsweise sein sollten, dann mögen die Aussprüche des alten, erfahrenen Genossen Liebknecht Ihnen den Standpunkt klar machen. Redner führt eine Reihe von Zitaten aus Liebknechts Rede an (siehe sozialdemokratische Bibliothek, Vortrag, gehalten in einer öffentlichen Versammlung des demokratischen Arbeitervereins in Berlin am 31. Mai 1869; zu haben in der Expedition der „Volksstimme“) und schließt mit der Aufforderung, zu Ehren der Partei und deren Prinzipien die Resolution anzunehmen.

Baetge erinnert an die vorjährigen Ereignisse und spricht seine Freude darüber aus, dass in der heutigen Versammlung die größte Ruhe und Objektivität vorherrsche. In Sachen der Resolution erklärt sich derselbe mit den Ausführungen Auerbachs einverstanden und empfiehlt die Annahme.

Inzwischen lief noch folgende Resolution ein:

Die am 13. Juli in der „Flora“ stattfindende Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen Bebels betreffs der bekannten Rede Vollmars, dass dieselbe die Missbilligung fast aller Parteigenossen hervorgerufen hat und dass der Parteitag darüber zu beschließen habe, voll und ganz einverstanden.

Ferner erklärt die Versammlung die freie Meinungsäußerung als die obersten Grundsätze der Partei, welche jedem Parteigenossen voll und ganz gewahrt bleiben muss. Bremer

C. Klees stellt die Schultzeschen Zitate aus den Liebknechtschen Reden als für die heutige Zeit nicht mehr zutreffend hin, moniert im Laufe seiner Ausführungen über die Entstehungsgeschichte der Resolution und erhebt dann den Vorwurf, er sei in der letzten Versammlung des Arbeitervereins niedergeschrien.

Vorsitzender Lankau: Ich konstatiere, dass von einem Niederschreien des Genossen Klees in der letzten Arbeitervereinsversammlung absolut nicht die Rede sein kann und klingt es wirklich wunderbar, wie der Genosse Klees für diese seine Behauptung noch das Zeugnis der Mitwesenden aus jener Versammlung anrufen kann.

Ebenso wenig treffen die Monierungen auf die Resolution zu, denn wenn man bei dieser Resolution von einer „Mache“ reden will, was soll man dann von der Resolution sagen, die anlässlich des vorjährigen Streites von Bebel verfasst und vorher Tausenden von Exemplaren verbreitet wurde. Die Genossen wissen alle, dass ich im Vorjahre nicht auf der Seite der Opposition stand und wenn ich Ihnen nun heute sage, dass auch ich die mir vorgelegte Resolution unterschrieben habe, so werden Sie mir wohl glauben, dass ich nicht zu den „gemachten“ Personen gehöre.

Bremer wendet sich dann noch polemisierend gegen die Anschauungen Auerbachs, worauf der Vorsitzende die Abstimmung über die eingegangenen Resolutionen vornimmt.

Da über das Resultat der ersten Abstimmung Zweifel bestanden, ersuchte der Vorsitzende die Versammelten, ihre Willensentscheidung noch einmal durch Erheben der Hände zu dokumentieren, worauf sich eine noch überwiegendere Mehrheit zu Gunsten der von Genossen Dr. Lux eingebrachten Resolution erklärte.

Schluss der Versammlung gegen 11 ½ Uhr.

[weiter eine Notiz über ein von der Polizei provoziertes Strafmandat gegen Bringmann wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz] sowie handschriftlicher Vermerk:

„Schultze verlas aus einer Broschüre Liebknechts, in welcher es u. A. hieß: „Die sozialdemokratische Frage ist nicht auf dem Wege der Gesetzgebung, sondern mit der Waffe in der Hand, auf der Straße und dem Schlachtfeld zu lösen.“ In diesem Sinne plädierte Schultze im Weiteren auch für die Revolution.“